



Der türkische Angriffskrieg in Kurdistan

– Hintergründe des Angriffs, Interessen des türkischen Staates und die verschiedenen Fronten

Die Türkei hat einen neuen Angriffskrieg mit Fronten in Südkurdistan (Norderak) und Rojava (Nordsyrien) gestartet und viele haben nun Fragezeichen in ihren Köpfen. Was bezweckt die Türkei mit dieser Offensive? Warum greift sie genau jetzt an? Und was sind ihre Pläne, bei einem militärischen Erfolg? In unserer folgenden aktualisierten Analyse wollen wir uns mit diesen Fragen beschäftigen.

Seit der Nacht vom 17. auf den 18. April greift der türkische Staat die südkurdischen Gebiete Zap, Meŕna und Avaşın an. Diese Gebiete nahe der türkischen Grenze stehen weitgehend unter der Kontrolle der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Vor Beginn der Offensive hat die Türkei über drei Tage hinweg die Zielgebiete breitflächig bombardiert. Als dann der Startschuss zur Operation „Claw Lock“ fiel, kamen Kampfhubschrauber, Kriegsflugzeuge und Kampfdrohnen zum Einsatz. Zudem wird das Gebiet von den türkischen Grenzmilitärstationen aus mit Raketen beschossen. An mehreren Punkten wurden zu Beginn der Offensive türkische Soldaten aus Kampfhubschraubern abgesetzt. Seither kommt es zu schweren militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Guerillaeinheiten und dem türkischen Militär. Beide Seiten haben bereits erste Bekanntmachungen zu Opfern in den eigenen und gegnerischen Reihen gemacht. So haben beispielsweise die Guerillakräfte der PKK am 14. Juni eine „Zwei-Monats-Kriegsbilanz“ veröffentlicht, in der sie angeben, dass in 744 Aktionen 985 Soldaten getötet wurden, sowie drei Hubschrauber, zwei gepanzerte Militärfahrzeuge und einen Panzer zerstört wurde. Andererseits seien sie 2065 mal mit Kampfflugzeugen und 1493 mal mit Kampfhubschraubern bombardiert worden. Bei diesen Bombardierungen seien 58 Kämpfer:innen getötet worden. Die Zahlen unterscheiden sich naturgemäß und lassen sich nicht unabhängig bestätigen.

Ein weiterer Punkt, der Aufmerksamkeit auf sich zieht, sind Meldungen über Kriegsverbrechen seitens der Türkei. Uns wurden Videos zugespielt, die die Schändung der Leichen kurdischer Kämpfer:innen durch türkische Soldaten darstellen. Sie sollen vor wenigen Tagen im Kriegsgebiet aufgenommen worden sein. Uns ist es nicht möglich die Videos zu verifizieren, wir sind aber dazu bereit, diese auf Anfrage zu teilen.

Auch der Einsatz von chemischen Kampfstoffen wird immer wieder gemeldet. So gab die Pressestelle der Guerillakräfte an, dass sie seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges bereits 779 Mal mit verbotenen chemischen Kampfstoffen bombardiert wurden. Immer wieder werden Videos von Bombardierungen veröffentlicht, bei denen es zu verdächtiger Rauchentwicklung kommt. Ergänzend dazu wurden Interviews mit Menschen von Ort veröffentlicht, die auch auf den Einsatz von chemischen Giftstoffen verwiesen. Auch wenn all dies keine handfesten Beweise darstellen, ist es auf jeden Fall Anlass genug, sich mit der Frage, inwieweit der türkische Staat Kriegsverbrechen in Südkurdistan begeht, intensiver zu beschäftigen.

Aus diesen Ausführungen mag der Schluss gezogen werden, dass die Angriffe sich ausschließlich gegen die PKK richten – ein Narrativ, dessen sich der türkische Staat bedient. Im Menschenrechtsbericht 2021 der USA zur Türkei heißt es allerdings, dass diese bei den Angriffen den Tod von Zivilist:innen in Kauf nimmt. Die Organisation



Community PeacemakersTeam Irak berichtet regelmäßig von den Auswirkungen der Angriffe auf Zivilist:innen.

Dann gibt es da noch den Kriegsschauplatz Rojava/Nordsyrien. Eigentlich wollte der türkische Staat hier bereits Ende vergangenen Jahres eine neue Großoffensive starten. Als mögliches Ziel stand Kobanê im Raum. Zu jenem Zeitpunkt bekam die Türkei allerdings kein grünes Licht von den internationalen Mächten für einen neuerlichen Krieg und das AKP-Regime konnte damals seine Pläne nicht verwirklichen. Stattdessen intensiviert die türkische Regierung seither ihre Drohnenangriffe in Rojava (41 Drohnenangriffe seit Anfang des Jahres) und beschießt die Städte der Region mit Raketen. Am 23. Mai brachte Erdoğan einen erneuten Angriff auf Nord- und Ostsyrien ins Spiel. Das verkündete der türkische Präsident nach einer Kabinettsitzung in Ankara. Dabei solle eine 30 Kilometer tiefe „Sicherheitszone“ in jenen Teilen Nordsyriens geschaffen werden, die die Türkei noch nicht kontrolliere – sprich in die illegale Besatzungszone eingliedern konnte – und so „terroristische Bedrohungen“ bekämpft werden. „Das Hauptziel dieser Operationen werden Gebiete sein, die Angriffszentren auf unser Land sind“, sagte Erdoğan, ohne Näheres zu verkünden. Die „Operation“ werde gestartet, sobald Militär, Geheimdienst und Sicherheitskräfte ihre Vorbereitungen abgeschlossen hätten.

So wurden die erneuten Bestrebungen bekundet und die praktischen Schritte folgten kurz danach. Der Nationale Sicherheitsrat der Türkei diskutierte diese „Angelegenheit“ im Detail und schloss seine Planung ab. Seitdem werden immer mehr Truppen zusammengezogen, der Beschuss der Region steigt seitdem immens an, Söldner der „Syrischen Nationalarmee“ (SNA) [Anm.: Organisation aus den übergebliebenen Teilen der „Freien Syrischen Armee“ (FSA)] werden gemeinsam mit anderen gefährlichen dschihadistischen Milizen konzentriert und proben Manöver. Die Türkei ist seitdem bereit für einen Angriff und hat unter anderem mehrfach klare Ziele benannt, zumeist werden Tel Refaat und Minbic genannt, aber auch Şehba, Kobanê und allgemein die zentrale Autobahn M4 sind immer wieder im Gespräch.

Auf internationaler Ebene sind es vor allem Russland und die USA, die Einfluss auf diese Invasion haben und offensichtlich unterschiedliche Ziele verfolgen. Wenn es nach Russland geht, würden sie gerne ein Stück der Selbstverwaltung an die Türkei verkaufen, um sich dafür im restlichen Syrien abzusichern. Gleichzeitig setzen sie damit die Selbstverwaltung unter Druck und versuchen, Zugeständnisse zu erpressen. Die Vereinigten Staaten sind es aktuell, die dieser erneuten Invasion im Weg stehen. Sie tun dies nicht aus Gutmütigkeit gegenüber der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens – diese ist auch für sie ein Dorn im Auge –, die USA fokussieren sich gerade viel mehr auf das Chaos im Irak (insbesondere nach den Parlamentswahlen letztes Jahr und aufgrund der Konflikte mit dem Iran) bzw. weiter östlich. Sie wollen im Moment keine neue Eskalation in Syrien riskieren und blockieren die neue Invasion daher noch. So sollte auch Annalena Baerbock als Unterhändlerin der NATO mit dem türkischen Staat Gespräche führen (während gleichzeitig eine kleine Delegation der Grünen sich mit den Kräften der PDK in Erbil treffen sollte), was aufgrund ihrer Covid-19 Erkrankung jedoch verschoben werden musste. Wie lange die USA die Invasion jedoch noch blockiert, ist unklar. Früher oder später wird dieser Angriff kommen, das ist den Menschen in der Region bewusst. Daher bereiten sie sich bereits seit Wochen intensiv auf ihre Selbstverteidigung vor. Der türkische Staat lässt über ihre Medien auch klar verlauten, dass diese Invasion in naher Zukunft aus ihrer Sicht unvermeidlich ist. Sie wollen die Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens bis zu den Parlamentswahlen, die offiziell im Juni 2023 stattfinden sollen, vernichten.



Was für Auswirkungen dies hat, sehen wir unter anderem am Wiedererstarben des IS. Dieser ist in den letzten Monaten und insbesondere seitdem die Drohungen der Türkei gegenüber der Selbstverwaltung konkreter werden, immer aktiver geworden und dies nicht nur in Nordsyrien, sondern im ganzen Nahen Osten. Die Folgen davon werden vermutlich in den kommenden Monaten/Jahren weltweit wieder spürbar sein. Ein Beispiel davon ist der Großangriff von IS-Zellen im Januar diesen Jahres in Hesekê. Zahlreiche Islamisten haben aus den türkisch besetzten Gebieten Nordsyriens heraus die Stadt infiltriert, um den Gefängnisausbruch zu vollführen und den Terror in der Region wieder zu steigern. Die Menschen in der Region berichten erneut, dass eine enge Verbindung und Unterstützung seitens des türkischen Staates für den IS erkennbar ist. Die Zahl an Anschlägen, sich aktivierenden Schläferzellen etc. ist innerhalb der letzten Monate extrem explodiert, wie die Zahlen des „Rojava Information Centres“ (RIC) zeigen. Die Kriegshandlungen in Südkurdistan können und dürfen nicht unabhängig von den Ereignissen in den anderen Teilen Kurdistans betrachtet werden, zumal der Aggressor überall in erster Linie der türkische Staat ist.

In diesem Rahmen muss man auch die Situation im Şengal genauer in Betracht ziehen. Es ist die gängige Praxis des türkischen Staates, parallel zu Angriffen auf die Guerillakräfte auch symbolträchtige Orte anzugreifen, in denen über Jahre/Jahrzehnte hinweg alternative Gesellschaftsmodell geschaffen wurden. Die Selbstverwaltung der êzidischen Stadt Şengal und das Geflüchtetenlager Mexmûr stehen hierbei ganz oben auf der Angriffsliste der Türkei. Die Provokationen des irakischen Militärs Anfang Mai in Şengal stehen ohne Zweifel in Verbindung mit der türkischen Offensive. Hierbei konzentrierte die irakische Armee ein massives Truppenaufgebot an den Grenzen Şengals und überschritt diese bewusst. Es kam zu bewaffneter Auseinandersetzung, bei denen auch ein Mitglied der „Widerstandseinheiten Şengals“ (YBŞ) getötet wurde. Erst nachdem die êzidische Gesellschaft vor Ort gegen die Provokationen auf die Straße ging und Druck aufbaute, zog sich die irakische Armee vorerst zurück. Dass es nur ein vorläufiger Rückzug war und nicht das Ende der Angriffe, lässt sich an drei konkreten Punkten festmachen. Zum einen hat die irakische Armee eine über 250 km lange Grenzmauer errichten lassen, bei deren Bau mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch türkische Mittel zur Unterstützung geflossen sind. Diese Mauer soll Şengal langfristig isolieren und externe Angriffe erleichtern. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, dass gezielt gegen Journalist:innen vorgegangen wird, die über die Region berichten wollen. Das bekannte Beispiel hierzu sind die deutsche Journalistin Marlene Förster und der slowenische Journalist Matej Kavčič. Diese waren in der Region und arbeiteten am Aufbau eines Informationszentrums zur Geschichte und Kultur Şengals und der êzidischen Gesellschaft. Sie wurden vom irakischen Geheimdienst verhaftet, einen Monat lang verhört und dann abgeschoben. Ziel war es, andere Journalist:innen abzuschrecken, und man versuchte gezielt die Gesprächspartner der beiden zu ermitteln, um gegen diese vorzugehen. Auch das deutet auf die langfristig angelegten Pläne eines Angriffes auf Şengal hin. Der letzte Vorfall ereignete sich am 15. Juni. An diesem Tag bombardierte die Türkei mit unbemannten Drohnen das Gebäude des Volksrates von Sinunê, ein Dorf bei Şengal. Das Gebäude an sich ist ein zentraler Anlaufpunkt der Gesellschaft gewesen und befand sich zwischen verschiedenen Läden und Wohngebäuden; es handelt sich somit eindeutig um ein ziviles Ziel. Bei dem Anschlag kamen (Stand: 16. Juni 2022) mindestens zwei Zivilisten ums Leben. Ein kleiner Junge namens Salih XidirNaso, dessen Alter zwischen 10 und 12 angegeben wird, sowie sein

Großvater XidirŞivanNaso. Mindestens sieben weitere Zivilist:innen – darunter auch ein Journalist – wurden zum Teil schwerverletzt. Ein vergleichbarer Anschlag seitens des türkischen Staates hatte zuletzt im August letzten Jahres stattgefunden. Hier nutzte die



Türkei, dass die weltweiten Medien über den Rückzug der NATO Truppen aus Afghanistan sprachen und bombardierte ein Krankenhaus, wobei acht Menschen starben. Beide Fälle stellen klare Kriegsverbrechen dar, die eindeutig zivile Ziele haben. Sie werden jedoch international ignoriert. Eine ähnliche Situation bildet sich auch in dem Geflüchteten-Camp Mexmûr ab, wo Kurd:innen leben, die aus der Türkei geflüchtet sind. Immer wieder hat die Türkei diese beiden Orte in der Vergangenheit bombardiert. Sowohl in Şengal als auch in Mexmûr sind bei türkischen Drohnenangriffen immer wieder Menschen ums Leben gekommen. Die Türkei will die Selbstverwaltung dieser beiden Gebiete dem Boden gleichmachen, daran besteht kein Zweifel.

Was bezweckt die Türkei mit diesem Angriffskrieg?

Die Türkei unter dem AKP-Regime verfolgt mit diesem Krieg multiple Ziele. Zum einen wäre da die tief verwurzelte Feindschaft gegenüber der kurdischen Bevölkerung. Egal, wo die kurdische Freiheitsbewegung agiert und die Interessen der Kurd:innen verteidigt, wird sie zum Angriffsziel des türkischen Staates. Denn die Kriegshandlungen in Südkurdistan, aber auch die Auseinandersetzung in Nord- und Ostsyrien sowie in Şengal sind eingebettet in ein umfassenderes Angriffskonzept gegen die kurdische Bevölkerung. In Nordkurdistan (Türkei) haben die staatlichen Repressionen nach dem kurdischen Neujahrsfest Newroz deutlich zugenommen. Am 21. März strömten Millionen Kurd:innen in ganz Nordkurdistan auf die Straße und feierten nicht nur Newroz, sondern erklärten zugleich, dass sie zur kurdischen Freiheitsbewegung halten. Das konnte und wollte die AKP nicht so stehen lassen. In mehreren Festnahmewellen wurden hunderte kurdische Aktivist:innen seither inhaftiert.

Neben der Bekämpfung der kurdischen Errungenschaften v.a. in Şengal, Mexmûr sowie Nord- und Ostsyrien verfolgt das AKP-Regime aber auch neosmanische Interessen in der Region. Die Besetzung von Efrîn und des Streifens zwischen Serê Kaniyê und Girê Spî in Nordsyrien durch die türkische Armee und islamistische Söldner sind bekannt. Darüber hinaus unterhält die Türkei aber auch zahlreiche Militärstationen in Südkurdistan. Die Gebiete, in welche die Türkei einmarschiert, gibt sie nicht so einfach wieder her. Sie verfügt bereits jetzt über enormen politischen und ökonomischen Einfluss auf die Autonome Region Kurdistan im Nordirak, und allen voran auf die „Demokratische Partei Kurdistans“ (PDK) unter der Führung des Barzanî-Clans. Langfristig will die Türkei ihren Einfluss bis nach Bagdad ausweiten, wo sie eine ähnliche Rolle wie der Iran spielen möchte. Und hört man in die Talkrunden der türkischen Mainstreammedien, gehören doch die erdölreichen Städte Kerkûk und Mosul im Nordirak ohnehin zur Türkei.

Ein weiterer Faktor für die Militäroffensive, der häufig zu Wort gebracht wird, ist die innenpolitische Situation der Türkei. Die ökonomische Krise wiegt schwer. Ein neuer Krieg kommt da gerade richtig. So können die Reihen in der türkischen Gesellschaft durch die Stärkung des nationalistischen Wir-Gefühls (und des kollektiven anti-kurdischen Rassismus) gekoppelt mit der islamistischen Politik der AKP wieder geschlossen werden. Da überrascht es auch nicht weiter, dass der türkische Oppositionsführer der CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, über Twitter seine Gebete den „heldenhaften“ türkischen Soldaten im Einsatz widmete. Was die AKP-MHP klar im Auge hat, sind die Parlamentswahlen in der Türkei, die offiziell am 15. Juni 2023 geplant sind. Doch viele sind davon überzeugt, dass sie die Wahlen vorziehen wollen. Erst soll die „Demokratische Partei der Völker“ (HDP), als

zweitgrößte Oppositionspartei in der Türkei, verboten werden, dann soll der Krieg die oben beschriebene Stimmung in der türkischen Gesellschaft schüren, um schließlich in



vorgezogenen Wahlen doch noch bessere Werte zu erreichen. Aktuell befinden sich nämlich beide Regierungsparteien (AKP und MHP) in einem absoluten Stimmertief, wie die regelmäßigen Umfragen zeigen.

Warum greift die Türkei genau jetzt an?

Die Antwort auf diese Frage haben wir oben bereits angeschnitten. Aber es gibt noch drei weitere Gründe für das Timing: Auf der einen Seite steht der Ukrainekrieg, dann stehen da noch Finnland und Schwedens Bestreben der NATO beizutreten und zuletzt der viel benannte Lausanner Vertrag.

Viele Kenner:innen von Erdoğan's Politik haben einen erneuten militärischen Feldzug gegen die Kurd:innen im Schatten des Ukrainekrieges erwartet. Denn außenpolitisch bietet dieser Moment fast schon optimale Bedingungen für einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Ankaras. Wer will jetzt die Türkei für diese Offensive kritisieren? Etwa der Westen, der gerade seine alte Liebe für die NATO wiedergewonnen hat und deshalb die Partner in Ankara umwirbt? Oder Putin, dessen Krieg in der Ukraine alles andere als geplant verläuft und dem deshalb die Partnerschaft zu Ankara wichtiger denn je ist? Nein, mit außenpolitischer Kritik muss die Türkei gewiss nicht rechnen. Erdoğan ist in der Position, in der sich am wohlsten fühlt: Er wird von den internationalen Mächten gebraucht und umworben. Scheinheilig präsentiert er sich als Mediator in dem Krieg Russlands gegen die Ukraine. Er weiß diese Position auszunutzen und wird sie bis zum bitteren Ende ausschlagen. Vor dem Hintergrund dieser Konstellation ist auch mit einer Ausweitung der militärischen Handlungen sowie Kriegsverbrechen der türkischen Armee zu rechnen. Denn mit Gegenwind von internationalen Mächten hat er aktuell nicht zu rechnen.

Mitte Mai bekundeten die Regierungen von Finnland und Schweden zeitgleich, dass sie nach so langer Zeit der Neutralität (de facto waren beider Länder bereits zuvor in sehr enger Kooperation mit der NATO) nun der NATO beitreten möchten. Die türkische Regierung witterte darin eine Chance, die eigene Position zu stärken und auch auf dieser Ebene Zugeständnisse erpressen zu können. Sie blockieren den Beitritt beider Länder unter dem Vorwurf, sie würden terroristische Vereinigungen, konkret die „Volksverteidigungskräfte“ (YPG) und „Frauenverteidigungskräfte“ (YPJ), die die Welt vor dem IS verteidigt haben und heute die aktive Selbstverteidigung in Nord- und Ostsyrien organisieren, unterstützen. Beide Verbände sind zwar keine terroristischen Vereinigungen und essentieller Bestandteil der Anti-IS-Koalition, doch die Türkei setzt beide schlichtweg mit der PKK gleich. Dadurch versucht die Türkei einerseits dafür zu sorgen, dass die kurdische Gesellschaft in den beiden Ländern kriminalisiert wird, und andererseits versucht sie, so grünes Licht für die nächste Invasion in Nord- und Ostsyrien zu erpressen. Denn ein offener NATO-Konflikt ist für den Westen, der sich gerade zu Zeiten des Ukrainekrieges so geeint inszeniert, ein großer Dorn im Auge, und andererseits Wasser auf Russlands Propaganda-Mühlen.

Noch dazu kommt als letzter Anlass der hundertste Jahrestag des Lausanner Vertrages. Dieser hatte den sich damals bereits klar abzeichnenden Niedergang des osmanischen Reiches besiegelt und die heutigen Grenzen des türkischen Staates gezogen und nebenbei Kurdistan in vier Teile geteilt. Die türkische Regierung hat dies seit jeher als eine nationale Schande abgetan und angekündigt, dagegen vorzugehen. Der Vertrag läuft aber nicht nach hunderten Jahren aus, und Erdoğan kann diesen nicht alleine für nichtig erklären. Dennoch hat er vor Jahren der türkischen Bevölkerung das Versprechen gegeben, die Grenzen der Türkei unter seiner Regentschaft auf die des Misak-ı Milli



Nationalpaktes zu erweitern. Er versprach, eben diesdurch völkerrechtswidrige Invasionen im Irak, in Syrien, in Kurdistan, in Armenien und weiteren Ländern bis zum 100. Jahrestag des Lausanner Vertrages zu tun. Dieser steht am 24. Juli 2023 an. Wenig Zeit um großwahnsinnige, völkerrechtswidrige Projekte durchzuführen.

Was sind mögliche Folgen nach militärischen Gewinnen seitens des türkischen Staates?

Natürlich hat das AKP-Regime einen klaren Plan. Der aktuelle Krieg in Südkurdistan markiert eine Etappe dieses Plans. Die Guerillakräfte der PKK sollen in die Knie gezwungen werden. Parallel dazu wurde als nächste Etappe der Krieg auf Şengal ausgeweitet und nun soll als nächster Schritt ein erneuter völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf Nord- und Ostsyrien stattfinden. Wenn es dem türkischen Staat gelingen sollte, in einer dieser Regionen militärische Erfolge vorzuweisen, wird das für ihn nur noch mehr Anlass sein, noch weiter zu gehen.

Wir hatten bereits erwähnt, dass viele politische Analyst:innen in der Türkei längst ein Auge auf Kerkûk und Mosul geworfen haben. Wer sich erhofft, dass das türkische Militär nach einem möglichen militärischen Erfolg gegen die PKK brav ihre Militärstationen in Südkurdistan räumen und den Rückzug antreten wird, ist jedenfalls sehr optimistisch. Die Türkei verfolgt unter der AKP ganz unverhohlen eine neoosmanische Expansionspolitik. Und in dieser Vorstellung gehört eben nicht nur Rojava, sondern auch Südkurdistan zum großtürkischen Reich. Parallel zu den türkischen Expansionsplänen sollen alle Orte, an denen demokratische Selbstverwaltungen aufgebaut wurden, zerstört werden. Hierbei handelt es sich konkret um Mexmûr, Şengal, Nord- und Ostsyrien sowie die so genannten Medya-Verteidigungsgebiete. Dies wird auch klar so benannt. Um dies umzusetzen ist man bereit, alle Wege zu gehen, seien es gezielte Feminizide, extralegale Hinrichtungen bis hin zu ethnischen Säuberungen. Diese Methoden gehören bereits seit langem ins Repertoire der türkischen Armee. Allgemein lässt sich dies gut daran erkennen, was in den Gebieten geschieht, die bereits 2018 (Efrîn) und 2019 (Serê Kaniyê und Girê Spî) vom türkischen Staat okkupiert wurden.

Der türkische Angriffskrieg in Kurdistan

– Die Hintergründe des Angriffs ins besondere in Südkurdistan

Im ersten Teil dieser Analyse haben wir uns angeschaut, was die Türkei mit ihrem Angriffskrieg in Südkurdistan, Nord- und Ostsyrien sowie in Şengal bezweckt und welche mittel- und langfristigen Ziele sie dabei verfolgt. Nun wollen wir verstärkt einen Blick auf die Situation in Südkurdistan, und hierbei insbesondere auf die vergangenen türkischen Militäroffensiven in Südkurdistan werfen, da dies aktuell das Gebiet mit den intensivsten Kampfhandlungen und damit einhergehend mit den konkretesten Vorwürfen von Kriegsverbrechen seitens des türkischen Staates ist. Im Anschluss daran, werden wir uns mit den Reaktionen auf den neuerlichen Völkerrechtsbruch der Türkei beschäftigen.

Die Liste der grenzüberschreitenden Militäroperationen des türkischen Staates in Südkurdistan ist lang. Tatsächlich erfolgte die erste grenzüberschreitende Militäroffensive der Regierung in Ankara im Jahre 1983, also in einer Phase, als sich die Guerillakräfte der PKK erst noch formierten und den bewaffneten Kampf in der Türkei noch nicht aufgenommen hatten. Mit 7.000 Soldaten intervenierte das türkische Militär fünf Kilometer tief in südkurdisches Territorium. Sonderlich erfolgreich verlief die Operation damals nicht. Denn nur knapp eine Woche nach Beginn der Militäroffensive zogen sich die türkischen Soldaten bereits am 2. Juni 1983 erfolglos wieder zurück. Es folgten unzählige weitere Angriffskriege der Türkei in Südkurdistan. Ab Beginn der 90er Jahre konnte Ankara dabei immer wieder auch auf die Unterstützung der PDK setzen. Doch bleibende Erfolge für sich verbuchte die Türkei bei keinem dieser Kriege. Ziel der Invasionen war es stets, die PKK vernichtend zu schlagen. Doch trotz unzähligen grenzüberschreitenden Militäroffensiven ist die PKK fast 40 Jahre nach der ersten Offensive weiterhin existent.

Gare-Angriff endete mit einem Fiasko

Die AKP scheint aus diesen militärischen Misserfolgen keine Lehren gezogen zu haben. Im Gegenteil, denn der aktuelle Angriff ist bereits der dritte Völkerrechtsbruch in Südkurdistan seit Anfang 2021. Am 10. Februar 2021 startete die türkische Armee den ersten dieser drei Angriffe. Das Zielgebiet war die Region Gare. Diese Operation dauerte nicht lange und endete in einem Fiasko: Schon nach drei Tagen zog sich das Militär zurück. Zudem kamen aufgrund der schweren Luftangriffe der türkischen Armee zwölf

Staatsbedienstete der Türkei, die sich als Kriegsgefangene in der Hand der PKK befanden, ums Leben. Kurz nach dieser militärischen Niederlage startete die Türkei ab dem 23. April einen zweiten Großangriff in Südkurdistan. Die Ziele lauteten dieses Mal Zap, Metîna und Avaşîn. Die türkische Armee hat im Rahmen dieser Operation einige strategische Hügel unter ihre Kontrolle gebracht. Doch in den letzten Wochen und Monaten konnte sie keinerlei Fortschritte verzeichnen. Kenner:innen der Region berichten, dass die türkischen Soldaten kaum ihre Stützpunkte verlassen können, da die Guerilla weiterhin das Feld beherrscht. Im Zuge dieses Krieges hat das türkische Militär zudem unzählige Male chemische Kampfstoffe eingesetzt, um die Tunnelsysteme der PKK in den Bergen unter ihre Kontrolle zu bringen. Ein internationaler Aufschrei gegen diese Kriegsverbrechen blieb allerdings aus. Am 17. April hat die Türkei nun den dritten Angriffskrieg in Südkurdistan in nur knapp 14 Monaten gestartet.

Welche Rolle spielt die PDK im aktuellen Krieg?



Welchen Ausgang die aktuellen Kriegshandlungen der Türkei in Südkurdistan haben werden, hängt ein Stückweit auch davon ab, welche Haltung die kurdische Bevölkerung und die politischen Parteien in der Region hierzu einnehmen werden. Murat Karayılan, Mitglied des Exekutivrates der PKK, hatte sich in diesem Rahmen direkt und mit deutlichen Worten an die kurdische Bevölkerung gewendet:

„Unser Volk sollte wissen, wir betrachten diese Phase als Ausnahmesituation. Es ist die Zeit der Mobilisierung. Dementsprechend müssen alle das tun, was ihnen möglich ist. Wir befinden uns in einer sehr wichtigen und kritischen Phase. Sie ist extrem heikel. Wir müssen diese Angriffswelle des Feindes brechen.“

Dieser Appell macht deutlich, wie kritisch die PKK den aktuellen Angriffskrieg der Türkei bewertet. Ein Grund hierfür ist die Haltung der PDK unter der Führung des Barzanî-Clans. Die PDK-Verantwortlichen kamen in den letzten Wochen häufig mit türkischen Regierungsvertreter:innen zusammen. Zuletzt traf der Premierminister der Kurdistan-Region Irak (KRI), Mesrûr Barzanî, mit dem türkischen Staatspräsidenten Erdoğan und dessen Geheimdienstchef Hakan Fidan am 15. April, also zwei Tage vor Beginn der Offensive, in Istanbul zusammen. Bereits zwei Wochen zuvor kursierten hartnäckige Gerüchte in kurdischen Medien, dass die PDK der Türkei bei einer anstehenden Militäroperation in Südkurdistan zur Seite stehen werde. Es seien sogar Provokationen in Südkurdistan geplant, die der PKK in die Schuhe geschoben werden sollten, um auf diese Weise einen Kriegseintritt der PDK vor der kurdischen Bevölkerung zu legitimieren. Zu den Provokationen kam es nicht; vermutlich weil die Pläne zuvor veröffentlicht worden waren. Trotzdem kommt es immer wieder zu klaren Provokationen seitens der PDK, meist in Form von Truppenverschiebungen, die die Beweglichkeit der Guerillakräfte der PKK einschränken, aber auch direkt, indem Kräfte der PDK in Dörfer eindringen und die Anwohner:innen bedrohen. Die PDK unterstützt offenkundig den türkischen Angriffskrieg. Bereits am ersten Tag des Krieges hoben türkische Kampfhubschrauber nicht von der türkischen Seite der Grenze zum Angriff ab, sondern von Südkurdistan. Dies geschieht in Abstimmung mit den PDK-Verantwortlichen. Der Plan ist wohl, die von der PKK kontrollierten Gebiete sowohl vom Norden, also von Seiten der türkischen Grenze, als auch vom Süden heraus, anzugreifen. Das entspricht auch dem Namen, den die türkische Regierung der Operation gegeben hat – „Claw Lock“ die Kralle, die sich um das Gebiet schließt.

Am 20. April verteidigte Mesrûr Barzanî bei einem Besuch in London die türkische Militäroffensive in Südkurdistan öffentlich: Es sei nicht die Türkei, sondern die PKK, welche

das kurdische Autonomiegebiet in Südkurdistan nicht respektiere. Die PKK ziehe die Türkei nach Südkurdistan und sei dafür verantwortlich, dass 800 Dörfer wegen andauernder Kriegshandlungen geräumt werden mussten. Mit diesen Aussagen, die Barzanî bei einem Auftritt bei dem Think-Tank Chatham House von sich gab, stellte er relativ deutlich klar, auf welcher Seite er sich beim aktuellen Angriffskrieg positioniert. Während seines Besuches in London wurde er übrigens von wütenden kurdischen Demonstrant:innen empfangen, die sein Fahrzeug mit Eiern bewarfen und die die orangenen Schuhe der Marke „Mekap“, die traditionell für die Guerillakräfte der PKK stehen, hochhielten; in Anlehnung an den irakischen Journalisten Muntazer al-Zaidi der damals George W. Bush mit zwei Schuhen bewarf. Dies wurde mittlerweile zu einem Symbol, welches sich auf vielen Demonstrationen weltweit in Solidarität mit den Kämpfer:innen erblicken lässt.



Und wie sehen die übrigen Reaktionen in Südkurdistan und im Irak aus?

Alle weiteren Reaktionen sowohl in Südkurdistan als auch in Bagdad sind relativ einhellig: Die „Patriotische Union Kurdistans“ (PUK) verurteilt die türkische Offensive ebenso wie das irakische Außenministerium. Auch Muqtada al-Sa-dr, der Anführer der größten Fraktion im irakischen Parlament, verurteilte den Angriffskrieg und warnte die Türkei. Der Irak werde als souveränes Land nicht gegenüber den türkischen Angriffen schweigen, so Sadr. Sowohl im Irak als auch in Südkurdistan steht die PDK somit allein mit ihrer Unterstützung für Ankaras Offensive da. Ob die warnenden Worte der übrigen politischen Akteur:innen in Erbil und Bagdad ausreichen werden, um den Angriffskrieg tatsächlich zu stoppen, ist allerdings fraglich. Dies ist insbesondere auch der Tatsache geschuldet, dass sich bereits seit Monaten im Irak kein Parlament zusammensetzen kann.

Wie sieht es um die internationalen Reaktionen aus?

In der internationalen Staatengemeinschaft herrscht derzeit großes Schweigen gegenüber dem türkischen Angriffskrieg. Und Schweigen bedeutet in diesem Zusammenhang Zustimmung. Die Türkei nutzt nicht nur den internationalen Fokus auf den Ukrainekrieg, sowie die Bestrebungen Schwedens und Finnlands, der NATO beizutreten, aus, um ihre Invasion zu führen. Das AKP-Regime hat womöglich auch grünes Licht von ihren NATO-Partnern für den grenzüberschreitenden Angriff in Südkurdistan erhalten. Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar hatte im Februar dieses Jahres noch die Münchener Sicherheitskonferenz besucht und sich mit den Bündnispartner:innen zweifelsohne auch über die militärischen Pläne seines Landes ausgetauscht. Dort kam es übrigens auch zu einer Zusammenkunft mit einem weiteren Mitglied der Barzanî-Familie, dem KRI-Präsidenten Nêçîrvan Barzanî. Im Anschluss an diese Zusammenkunft erklärte Akar: „Es war ein sehr positives und konstruktives Treffen. Ich bin der Meinung, dass unser Treffen einen bedeutenden Beitrag sowohl für unsere Länder als auch für das NATO-Bündnis leisten wird.“

Der Angriffskrieg in Südkurdistan dürfte demnach mit den NATO-Staaten abgestimmt sein, was das kollektive Schweigen in der westlichen Staatengemeinschaft erklärt. Das gilt auch für die Bundesregierung, die mit ihrer Kritik am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands in der Ukraine zugleich aber auch ihre Scheinheiligkeit offenbart. Völkerrechtsbruch, Angriffskriege, der (mögliche) Einsatz von chemischen Waffen, Luftangriffe und gezielte Tötung von Zivilist:innen, all das wird zu Recht verurteilt und kritisiert, wenn es um den russischen Einmarsch in der Ukraine geht. Dass aber der

NATO-Partner Türkei eben jene Praxis in Kurdistan praktiziert, davor verschließt man in Berlin lieber die Augen.



Warum geht uns der Krieg in Kurdistan überhaupt etwas an?

Zum Abschluss unserer Analyse wollen wir uns noch mit der hier in Deutschland zentralen Frage „Warum geht uns der Krieg in Kurdistan überhaupt etwas an?“ befassen.

Die Bundesregierung schweigt nämlich nicht ohne Grund. Sie unterstützt seit jeher den türkischen Krieg in Kurdistan. Das tut sie seit Jahrzehnten und zwar nicht nur mit wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung, sondern ebenso durch die Kriminalisierung kurdischer Aktivist:innen in Deutschland. Auch im aktuellen Angriffskrieg kommt deutsche Waffentechnik zum Einsatz. Dass die türkischen Kampfdrohnen, mit denen immer wieder Menschen in Rojava und Südkurdistan gezielt ermordet werden, mit Zielerfassungssystemen des deutschen Rüstungsunternehmens Hensoldt ausgestattet sind, hatte das Politmagazin Frontal 21 bereits Ende vergangenen Jahres öffentlich gemacht.

Die Türkei gehörte auch im Jahr 2021 zu den Hauptabnehmer:innen deutscher Rüstungsexporte. Eine ungestörte Fortführung der türkischen Angriffskriege in Kurdistan hängt maßgeblich auch davon ab, ob die deutsche Bundesregierung weiterhin an ihrer militärischen, politischen und ökonomischen Unterstützung für das AKP-Regime festhält. Bislang sind im Bezug darauf leider keine Anzeichen für einen außenpolitischen Kurswechsel der Ampel-Koalition zu erkennen. Wie weit die staatlichen Stellen in Deutschland gehen, um sich da nicht reinfunkeln zu lassen, haben sie im vergangenen Jahr eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Als im Juni Aktivist:innen aus Deutschland nach Südkurdistan reisen wollten, um die letzte türkische Invasion in Südkurdistan zu dokumentieren, erteilte die Bundespolizei kurzerhand 16 Personen ein Ausreiseverbot. Wer sich also für den Frieden in Kurdistan einsetzt, könnte in Konflikt mit den außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik geraten.

Die Bundesrepublik und mit ihr einhergehend die gesamte EU hat sich bereits 2016 stark erpressbar durch die Türkei gemacht, als man den Flüchtlingsdeal abgeschlossen hat. Nun lässt man sich erneut durch die Türkei erpressen, indem diese geschickt ihre Rolle im Ukraine-Krieg, sowie die Beitrittsgesuche Schwedens und Finnlands nutzt, die eigene Position durchzusetzen. Eine Art der Politik, die von der Bundesregierung einfach hingenommen wird, statt konsequent zu sein.

Dass der Einsatz für Frieden heute wichtiger denn je ist, braucht keine weiteren Ausführungen. Auch eine klare Haltung gegen völkerrechtswidrige Angriffskriege zu haben, ist wichtiger denn je und kann einen Beitrag dazu leisten, zukünftige Kriege zu verhindern. Das alles gilt für den aktuellen Krieg in der Ukraine ebenso wie für Kurdistan. Und wenn die internationale Staatengemeinschaft, auch die deutsche Bundesregierung, zu den Kriegen des AKP-Regimes in Kurdistan schweigt, ja diese sogar unterstützt, dann liegt die Verantwortung umso mehr bei der Gesellschaft. In diesem Sinne können und sollten wir alle unseren Beitrag für ein Ende der Kriege in Kurdistan, in der Ukraine und überall auf der Welt leisten.